

Es geht auch ohne Parlament

Rapperswil-Jona ist die grösste Schweizer Gemeinde, die eine Bürgerversammlung durchführt. Dass sie daran festhalten will, hat sie erst 2015 bekräftigt. Das System habe sich bewährt, lautete der Tenor auch an der jüngsten Versammlung. Es gibt teilweise aber auch heftige Kritik.





Bild: Rapperswil Zürichsee Tourismus / Tobias Ryser

Der Saal des Hotels Kreuz ist an diesem Winterabend bis auf den letzten Platz besetzt. Einige Stimmberechtigte haben einen zusätzlichen Stuhl an der Fensterfront ergattert, andere stehen bei den Türen oder verfolgen das Geschehen im Vorraum auf einer Leinwand. 641 Personen sind zur Bürgerversammlung von Rapperswil-Jona gekommen; das entspricht rund 3,5 Prozent der stimmberechtigten Einwohnerschaft. Stadtpräsident Erich Zoller ruft die Spielregeln in Erinnerung: «Ich möchte alle bitten, bis am Schluss zu bleiben.» Es sei schon vorgekommen, dass Leute gegangen seien, nachdem das für sie interessanteste Geschäft entschieden worden war. Das entspreche an sich nicht den Gepflogenheiten.

Seezugang erhitzt die Gemüter

Beim Budget bringt sich die Bevölkerung erstmals ein. Ein Anwesender kritisiert die Finanzplanung und will beim Projekt für einen Seezugang in Kempraten ein Zeichen setzen. «Wir haben Bänkli zum Abwinken», sagt er und beantragt, die budgetierten 750 000 Franken ersatzlos zu streichen. Bauvorstand Thomas Furrer erinnert an den Planungskredit, den der Souverän vor einem Jahr beschlossen hat, und erläutert das Bauvorhaben im Detail. Ein junger Mann will wissen, welche Regeln auf dem Platz dereinst gelten werden. Ein älterer kritisiert, dass keine Bademöglichkeit vorgesehen ist. Da sei der Stadtrat den Anwohnern zu stark entgegengekommen. Ein Befürworter lobt hingegen den «paradiesisch schönen Ort». «Deswegen wird die Stadt nicht verlumpen», ruft er in den Saal. Nach weiteren Wortmeldungen spricht sich eine klare Mehrheit für «den ersten öffentlichen Seezugang an der Goldküste aus». Einige Stimmberechtigte verlassen darauf den Saal.

Undemokratische Mobilisierungen?

Die Anstösser hätten gegen das Projekt mobilisiert, sagt Nils Rickert. «Kaum ist das Geschäft vorbei, gehen diese Leute – sie werden für Jahre nicht mehr an einer Bürgerversammlung zu sehen sein.» Dem GLP-Präsidenten sind solche Mobilisierungen ein Dorn im Auge. Sie führten zu Beschlüssen, die nicht die Meinung der Gesamtbevölkerung repräsentierten. Ein Parlament hat seiner Meinung nach mehr demokratische Legitimität. 2013 lancierte er zusammen mit SP, SVP, kleineren Lokalparteien sowie Parteilosens eine entsprechende Initiative. Mit rund 27 000 Einwohnern sei die Stadt für eine Bürgerversammlung zu gross geworden, argumentierte das

überparteiliche Komitee. Die Bevölkerung sei von den immer komplexeren Geschäften überfordert. «Über Sachvorlagen findet kein Diskurs statt», sagt Rickert. Die Stimmberechtigten hätten keine Möglichkeit, an Lösungen frühzeitig mitzuwirken; sie erhielten fixfertige Projekte serviert. Zurzeit stockten

wenn ihnen ein Thema wichtig ist. «Jede Seite hat die gleichen Chancen.» Der CVP-Politiker verweist auf die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Bürgerversammlung könne zu grösseren Bauprojekten stets in einer frühen Phase Stellung nehmen. Beim neuen Bushof habe sie beispielsweise intensiv über



2015 gingen die Wogen hoch in Rapperswil-Jona. Doch die Gegner eines Stadtparlaments behielten klar die Oberhand.

Bild: Rapperswil Zürichsee Tourismus/Tobias Ryser

einige Vorhaben, da sich einzelne Vereine oder Interessengruppen dagegenstellten. Könnten diese ihre Anliegen in einem Parlament einbringen, entstünden mehrheitsfähige Lösungen, ist Rickert überzeugt. «Der Stadtrat würde gestärkt.»

Forum als Folge der Fusion

Das jetzige System funktioniere bestens, entgegnet Erich Zoller, der die Gemeinde von 2011 bis Ende 2016 präsidiert hat. Er findet es legitim, dass Interessengruppen Stimmberechtigte mobilisieren,

eine kleinere und günstigere Unterführung diskutiert, die Sparvariante letztlich aber verworfen. Daneben könne sich die Bevölkerung im Stadtforum engagieren. Das Partizipationsorgan ist 2007, nach der Fusion von Rapperswil und Jona, ins Leben gerufen worden und umfasst Vertreter von Parteien, einzelnen Vereinen und Ortsteilen. Es gibt der Exekutive gemäss Zoller wertvolle Rückmeldungen und Inputs. Es kann allerdings bloss Eingaben machen und ist demokratisch nicht legitimiert.

Das Stadtforum habe seine Grenzen, räumt Martin Stöckling ein, der seit Anfang Jahr als Gemeindepräsident amtiert. «Es wird unsere Aufgabe sein, es weiterzuentwickeln.» Er weibelte im Abstimmungskampf 2016 – damals noch als FDP-Präsident – gegen ein Stadtparlament. Man habe bei der Fusion bewusst

jedoch überwiegen, sagt er. So erarbeiteten sich die Mandatsträger in den Kommissionen ein Fachwissen. Sie seien dadurch besser in der Lage, die Arbeit des Stadtrats zu kontrollieren. In diesem Punkt lenkt wiederum Stöckling ein: «Ein einzelner Bürger kann sich nicht so intensiv mit dem Budget auseinan-

ten im Vorfeld deutlich besser mobilisiert; eine Mehrheit beschloss, gar nicht erst auf das Geschäft einzutreten. Eine Urnenabstimmung war folglich kein Thema mehr.

«Ich glaube, wir hätten so oder so gewonnen», sagt FDP-Mann Stöckling. Ein Parlament entspreche schlicht keinem Bedürfnis. Dass die Versammlung gar nicht erst auf die Vorlage eintrat, findet er nicht problematisch. «Sie hat grundsätzlich entschieden.» Das entspreche den Spielregeln der Demokratie. Der Stadtrat hatte den Entscheidungsprozess vorgängig mit beiden Lagern besprochen. Ein Rechtsgutachten hatte die Grundlage dazu geliefert. «Unsere Gegner haben taktisch gut gespielt», sagt Rickert heute. Er ist überzeugt, dass seine Idee an der Urne gute Chancen gehabt hätte.

Das Bürgerinteresse wächst

Nach der intensiven Debatte im Sommer 2015 hat sich in der Stadt einiges getan. «Vielen Leuten ist wieder bewusst geworden, dass sie an der Bürgerversammlung mitbestimmen können», sagt Erich Zoller. Die Beteiligung habe etwas zugenommen. Stöckling stellt ebenfalls ein «grösseres Interesse an politischen Diskussionen fest». Dies habe sich in den Stadtratswahlen im Herbst gezeigt. Die Exekutive hat zudem Reformen aufgegleist, um sich wieder vermehrt den grossen, strategischen Linien anzunehmen. Die Teilzeitmitglieder sollen deshalb entlastet, die Ressorts neu ausgerichtet und die Verwaltung gestärkt werden. Ein Veränderungsprozess ist eingeleitet. Stöckling sagt: «Wir müssen klarer führen, besser kommunizieren und in unseren Entscheiden transparent und gradlinig sein.» Er ist überzeugt, dass er so auch jenen Teil der Bevölkerung ins Boot holen kann, der mit den aktuellen Partizipationsmöglichkeiten unzufrieden ist.

Dass dem Stimmvolk einiges unter den Nägeln brennt, zeigt sich an diesem Abend im Hotel Kreuz. Nicht nur die drei traktandierten Geschäfte erfordern Sitzleder. Zu reden gibt unter anderem, dass die Stadt für den Saal noch keinen neuen Pächter gefunden hat. «Es gibt nicht nur Sportvereine», sagt eine Bürgerin. Auch andere Gruppen seien auf eine Lokalität für grössere Veranstaltungen angewiesen. Die Bevölkerung müsse einbezogen werden, wenn über den künftigen Ausbau und Betrieb entschieden werde, verlangt sie. «Genau das hat der Stadtrat vor», verspricht Zoller.

Eveline Rutz



auf ein solches verzichtet, gibt er zu bedenken, «aus Angst, dass man sich von der Bevölkerung entfremdet». Die Situation habe sich seither nicht grundlegend verändert.

Ein Gegenpol zum Stadtrat

Mit einem Parlament würden Entscheide länger dauern und teurer werden, sagt Stöckling. Insbesondere vor Wahlen tendierten Politiker dazu, die Verwaltung mit Vorstössen auf Trab zu halten. Rickert stellt dies nicht in Abrede. Die Vorteile eines Parlamentssystems würden

dersetzen wie ein Parlament.» Die im kantonalen Vergleich tiefe Steuerbelastung spreche aber für das aktuelle Modell. Als weiteres Kontraargument führt er ins Feld, dass es nicht einfach sei, genügend Parlamentarier zu finden. Das zeige sich unter anderem in Wil und in St. Gallen.

Rekordhohe Beteiligung

Die Gegner hatten die Oberhand, als am 10. Juni gegen 2000 Personen in einer Sporthalle zusammenkamen, um über das Volksbegehren zu befinden. Sie hat-